

Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung

Andreas Ladner

erscheint in einem Werk von Oskar Niedermayer und Richard Stöss über die Westeuropäischen Parteiensysteme

1. Einleitung

Den Schweizer Parteien wird in der Regel eine *schwache Stellung* in Staat und Gesellschaft zugeschrieben (vgl. z.B. Rhinow 1986: 105, Longchamp 1994: 25, Rickenbacher 1995: 13). Belegt werden kann dies nicht nur durch die lange Zeit fehlende formale Anerkennung in der Verfassung,¹ sondern vor allem durch ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozess, wo sie, wie etwa im Vernehmlassungsverfahren, mit den Interessenverbänden einer starken Konkurrenz ausgesetzt sind (vgl. Neidhart 1986). Weitere Indizien für ihre Schwäche finden sich auf der Ebene ihrer Organisationen. Diese sind klein, verfügen über einen wenig professionalisierten Parteiapparat und – da die Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung kennt – beschränkte finanzielle Ressourcen. Dazu kommen eine schwache Zentralisierung und eine geringe parteiinterne Homogenität.

Ursächlich für die schwache Stellung der Parteien sind eine Reihe von charakteristischen Eigenheiten der Schweiz und ihres politischen Systems:

Die *soziale und kulturelle Heterogenität*, das Zusammenfallen von vier Sprachgruppen, zwei Konfessionen und durch den Lebensraum bedingte Unterschiede, stellen die Parteien vor grosse Integrationsaufgaben. Die *Kleinheit des Landes* schmälert das Rekrutierungspotential und fördert das bereits in der politischen Kultur verankerte *Milizsystem* als einzig mögliches Organisationsprinzip. Auch wenn durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und

¹ *Rechtlich* sind die Schweizer Parteien als Vereine organisiert. Das Zivilgesetzbuch (ZGB) umschreibt in den Artikeln 60-79 die Rahmenbedingungen. Zweck, Mittel und Organisation sind in den Statuten geregelt. Es gibt in der Schweiz kein Parteiengesetz und bis vor noch nicht allzu langer Zeit waren die Parteien – im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden – nicht einmal in der Bundesverfassung erwähnt. Erst in der revidierten Verfassung vom 18. April 1999 wird in Artikel 137 auf die wichtige Rolle der Parteien im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess hingewiesen und damit ihre staatspolitische Bedeutung formal anerkannt.

politischen Subsysteme auch Vorteile entstehen (Neidhart 1986: 42), wird ein grosser Teil der politischen Arbeit von „Feierabendpolitikern“ verrichtet und bleibt über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien ihrerseits können ihren Mitgliedern nur zu unbezahlten Milizämtern verhelfen, so dass Ämterpatronage ihnen nur in beschränkter Masse eine gesteigerte Attraktivität verschafft.

Auch der ausgeprägte *Föderalismus* und die *Gemeindeautonomie* erschweren die Herausbildung starker und zentralisierter Parteiorganisationen auf nationaler Ebene. Der Aufbau der Parteien passt sich dem kleinräumigen politischen System, insbesondere den Wahlkreisen, an. Entsprechend finden sich je nach dem Quartier- und Kreisparteien, eine oder mehrere Gemeinden umfassende Lokalparteien, Bezirksparteien, Kantonalparteien und nationale Parteien. Daraus resultiert eine grosse Komplexität auf kleinem Raum. Zur Jahrtausendwende belief sich das Parteiangebot für die rund 4.7 Mio. Stimmberechtigten auf 14 auf nationaler Ebene aktive Parteien, rund 180 Kantonalparteien und etwa 5000 Lokalparteien. Im Vergleich zu den nationalen Parteien sind die Kantonalparteien stärker und wichtiger (Fagagnini 1978, Hug 1994: 86, Neidhart 1986: 41, Seiler 1987: 119). Je nach Kanton finden sich die Parteien noch heute in unterschiedlichen Parteiensystemen und Kräftekonstellationen eingebunden (vgl. Ladner 2003). Darüber hinaus sind sie nicht in allen Kantonen in denselben Segmenten der Bevölkerung verankert. Häufig ist man deshalb versucht, nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen zu sprechen. Die nationalen Parteien sehen sich mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert und haben nicht selten Schwierigkeiten, alle Kantonalparteien auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen. Der dezentralisierte Parteaufbau erhöht allerdings auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337) und ermöglicht breitere Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Bedarf können sich die Parteimitglieder stärker mit der nationalen Partei oder stärker mit ihrer allenfalls abweichenden Kantonalpartei identifizieren.

Das System der *direkten Demokratie* hat ursprünglich zur frühen Herausbildung der politischen Parteien beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff.), heute – so die Lehrmeinung – schwächt es aber ihre Stellung (vgl. Gruner 1984: 150). In Abstimmungskämpfen überflügeln finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien, und die Bedeutung der Wahlen ist relativ gering, da für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger immer noch die Möglichkeit besteht, missliebige Entscheide an der Urne zu korrigieren. Neuere Studien zeigen aber auch, dass in Kantonen, in denen es häufig zu

Initiativen und fakultativen Referenden kommt, die Parteien eher besser organisiert sind (Ladner/Brändle 1999). Parteien werden durch eine grössere Zahl von direktdemokratischen Vorlagen veranlasst, sich kontinuierlich politisch zu betätigen, und dies kann sich in einer professionelleren Organisationsstruktur niederschlagen. Die Parteien greifen allerdings auch nur dort zu den Instrumenten der direkten Demokratie, wo sie über genügend organisationelle Ressourcen verfügen und sich davon etwas versprechen können.

Das *Konkordanzsystem* mit seinen Zauberformeln sorgt für Stabilität und gewährt den Parteien eine hohe Erwartungssicherheit, es verführt sie aber auch zu einer elektoralen Bescheidenheit. Häufig sind die Regierungen, wie beispielsweise der Bundesrat auf nationaler Ebene für den Zeitraum zwischen 1959 und 2003, nach einem gleichbleibenden Parteienproporz zusammengesetzt. Damit einher geht eine gewisse Kartellisierung und Wettbewerbselemente treten in den Hintergrund. Davon profitieren vor allem die grossen Parteien, während den Kleinen der Zugang zu Exekutivmandaten verwehrt bleibt. Das mit dem Konkordanzsystem verbundene *Kollegialitätsprinzip*, wonach die Regierungsvertreter der verschiedenen Parteien die wichtigen Entscheidungen gemeinsam zu fällen und nach aussen zu vertreten haben, erschwert den einzelnen Parteien eine klare politische Profilierung.

2. Skizze der historischen Entwicklung

Die Herausbildung der Schweizer Parteien beginnt in der *ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*.² Als Vorläuferakteure traten wenig strukturierte politische Bewegungen in Erscheinung, die sich aufgrund gemeinsamer Ideen um bekannte Politiker herum bildeten (Segesser 1996: 234). Erste Parteien entstanden in denjenigen Kantonen, in denen der Kampf um die Demokratisierung besonders früh und heftig einsetzte. Namentlich sind dies St. Gallen, gefolgt von Baselland, Luzern, Wallis, Waadt und Bern (Gruner 1964: 275).

Konstitutiv für die Herausbildung des Parteiensystems waren auch in der Schweiz die *vier Cleavages von Lipset/Rokkan* (1967). Die Katholisch-Konservativen standen den Liberalen sowohl im Zentrum-Peripherie- wie auch im Staat-Kirche-Konflikt gegenüber. Ersterer

² Für Entstehung und Entwicklung der Schweizer Parteien siehe vor allem Gruner (1977), Pieth (1978), Gruner (1981), Klöti/Risi (1988), Jacobs (1989), Tschäni (1990), Schneider (1994). Ganz besonders wertvoll sind auch seit 1966 die entsprechenden Kapitel im *Année politique suisse*.

kumulierte im Sonderbundskrieg (1847), letzterer manifestierte sich vor allem im Kulturkampf. Der Konflikt Arbeit-Kapital führte zur Herausbildung der SP, und der Stadt-Land-Konflikt zog schliesslich die Gründung der SVP nach sich. Als erste Partei auf nationaler Ebene formierte sich im Jahr 1888 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP). Als direkte Folge davon begannen sich auch die anderen Kräfte straffer zu organisieren: die Freisinnig Demokratische Partei (FDP) wurde 1894 und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) 1912 auf nationaler Ebene gegründet. Im Jahr 1936 folgte schliesslich die Gründung der Schweizerischen Volkspartei (SVP).³

Als charakteristisch für die Schweizer Parteien gilt, dass sie nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees entstanden sind, sondern direkt als *Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes* (Gruner 1977: 25 ff.) aus Bürgervereinen, die zuerst mit Petitionen und Bittschriften und später mit Referenden und Wahlen die Umwälzung und Demokratisierung vieler Kantone erreichten. Charakteristisch ist weiter, dass sich die Parteien zuerst in den Kantonen und Gemeinden organisierten und sich erst relativ spät in nationalen Parteiorganisationen zusammenschlossen. Mit Bezug auf ihre Entstehungsgeschichte können die Schweizer Parteien sowohl als „*Kinder der Volksrechte*“ (Gruner 1977) wie auch als „*Kinder der Kantone*“ (Vatter 2002) bezeichnet werden. Dominiert wurde die Politik seit der Gründung des Bundesstaates (1848) bis weit in das 20. Jahrhundert hinein durch den – allerdings ideologisch sehr heterogen zusammengesetzten – Freisinn, die heutige Freisinnig Demokratische Partei.

Ausschlaggebend für die Stabilisierung des Schweizer Parteiensystems als Mehrparteiensystem war auf der einen Seite die *Einführung des Proporzwahlverfahrens* auf nationaler Ebene, welche der absoluten Vormachtstellung der Freisinnigen ein Ende setzte, sowie die schrittweise *Integration der anderen Parteien in die Regierungsverantwortung*. 1891 wurde erstmals ein Vertreter der CVP in den Bundesrat (nationale Regierung) gewählt, 1929 kam ein Vertreter der Bauern und 1943 ein Vertreter der Sozialdemokraten dazu. 1959 etablierte sich die sog. *Zauberformel*, gemäss der die vier grossen Parteien entsprechend ihrer

³ Freilich trugen bei ihrer Entstehung noch nicht alle Parteien ihren heutigen Namen. Die CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) wurde 1912 als Konservative Volkspartei gegründet. 1957 wurde sie in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei umbenannt, und erst seit 1970 trägt sie den heutigen Namen. Der Name der SVP (Schweizerische Volkspartei) besteht seit 1971. Sie wurde 1936 als Schweizerische Bauern- Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) gegründet.

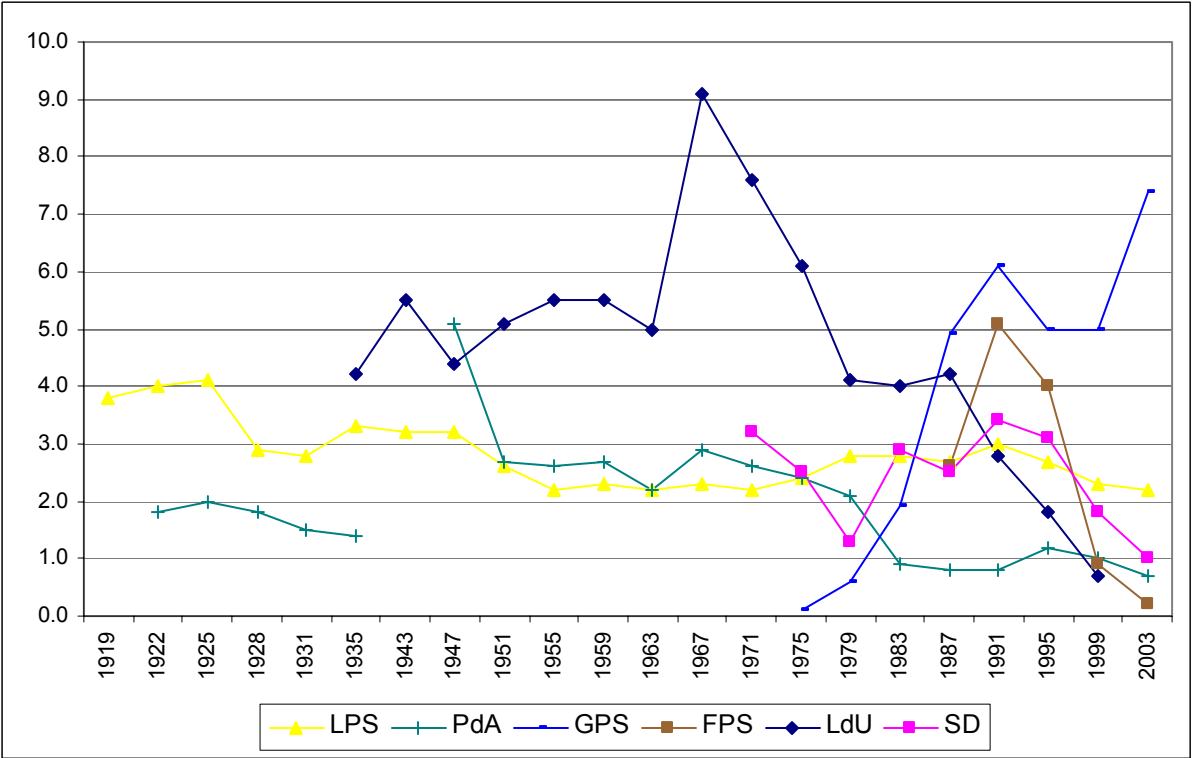
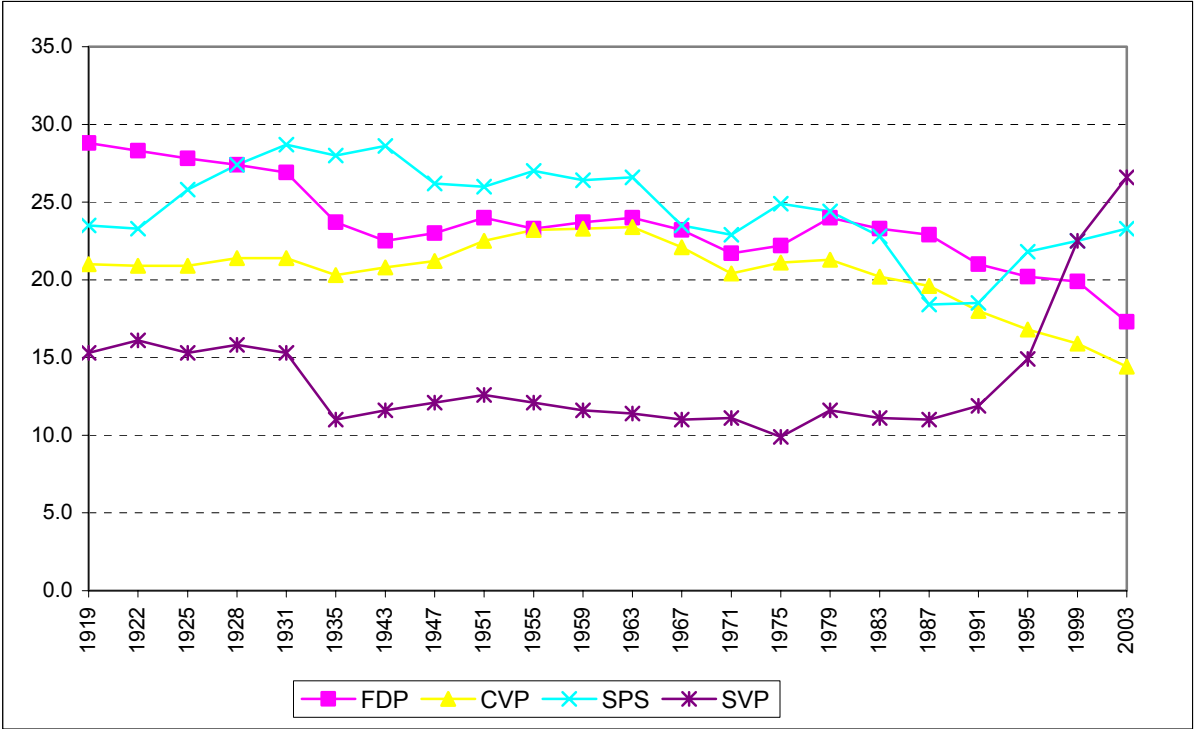
Wählerstimmenanteile mit zwei (FDP, CVP, SP) oder einem (SVP) Sitz eine Vertretung fanden. Seit 2003 lautet als Folge der massiven Wählerstimmengewinne der SVP die Zusammensetzung des Bundesrates neu: FDP, SVP, SP zwei und CVP ein Vertreter.

Die wirtschaftliche Wachstumsphase in der Nachkriegszeit, der Kalte Krieg, die 1968er-Bewegung, die Rezession in den 1970er Jahren, das Aufkommen der Umweltproblematik, der Fall der Berliner Mauer, die Europafrage, die Globalisierung und die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren schienen lange Zeit am Schweizer Parteiensystem vorüber zu gehen, ohne grosse Spuren zu hinterlassen. Die Wählerstimmenanteile der vier grössten Parteien haben sich zwischen 1919 und 1995 und noch ausgeprägter zwischen 1945 und 1995 nicht wesentlich verändert (vgl. Grafik 1). Erst Mitte der 1990er Jahre haben für schweizerische Verhältnisse unübliche Wählerstimmenwanderungen eingesetzt. Die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich infünf Phasen unterteilen:

1950er Jahre bis anfangs 1960er Jahre: Diese Phase der Stabilisierung ist gezeichnet durch konstante Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien und geringe Polarisierung des Parteiensystems. Die Konkordanz etabliert sich auf Bundesebene und wird 1959 mit der Einführung der Zauberformel gekrönt.

Mitte 1960er bis anfangs 1970er Jahre: Das Parteiensystem gerät in Bewegung. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, am ausgeprägtesten die CVP, wandern in die Mitte. Insgesamt findet aber eine Re-Ideologisierung und Polarisierung statt. Das Konkordanzsystem wird zur Diskussion gestellt. Der Landesring der Unabhängigen (LdU) als Oppositionspartei und die Nationale Aktion (NA) zusammen mit den Republikanern verzeichnen auf Kosten der drei grossen Bundesratsparteien Sitzgewinne. Die Anliegen der 1968er-Bewegung machen sich innerhalb der Parteien bemerkbar. Die Parteien überdenken ihre Organisationsstrukturen um den "Partizipationsbedürfnissen der neuen Generationen" Rechnung zu tragen. Links der SP bildet sich eine „ausserparlamentarische Opposition“, und verschiedene kleinere Linksparteien entstehen (Maoisten, Revolutionäre Marxistische Liga, Progressive Organisationen Schweiz, Partito Socialista Autonomo).

Grafik 1: Wählerstimmenanteile der vier Bundesratsparteien und kleineren Parteien 1919 – 2003



Mitte 1970er bis anfangs 1980er Jahre: Die Wirtschaftskrise bremst die Dynamik der späten 1960er Jahre. Die Polarisierung des Parteiensystems geht leicht zurück. Die Stellung der Bundesratsparteien konsolidiert sich. Nach dem Linksrutsch bei den 1975er Wahlen wird der Freisinn mit dem Motto "Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat" erstmals seit den 1920er Jahren wieder zur stärksten Partei.

Mitte 1980er bis anfangs 1990er Jahre: Die sich bereits seit Beginn der 1980er Jahre abzeichnende Umweltproblematik prägt die Politik. Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und die als Reaktion auf die Grünen entstandene Autopartei (später Freiheits-Partei der Schweiz) bringen die Bundesratsparteien erneut in Bedrängnis. Der Wähleranteil der vier Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP und SVP) fällt 1991 erstmals unter 70 Prozent. Die Kräfte der extremen Linken lassen nach, sie schliessen sich anfänglich in einem grün-alternativen Bündnis zusammen und finden dann bei der GPS oder bei der SP eine neue Heimat. Die SP beginnt eine pragmatischere Politik zu betreiben.

Seit anfangs 1990er Jahre: Die SVP steuert unter dem Einfluss von Nationalrat Christoph Blocher und seiner Abwehrhaltung gegen Europa einen klaren und erfolgreichen Rechtskurs. Der SP ist es unter der Leitung von Peter Bodenmann (Parteipräsident von 1990 bis 1997) gelungen, sich als die alleinige Kraft im linken und ökologischen Spektrum zu profilieren. Die kleinen Parteien auf der Rechten, der LdU und in einer ersten Phase auch die Grünen verlieren an Bedeutung. Für eine Polarisierung des Parteiensystems sorgen nicht mehr die extremeren kleinen Parteien, sondern die beiden grossen Pole SVP und SP. Wenig erfreulich gestaltet sich die Situation der FDP, der es seit dem Fall der Berliner Mauer an einem Feindbild zu fehlen scheint und die es verpasst hat, unter den neuen Voraussetzungen zukunftsweisende liberale Lösungsansätze zu präsentieren. Bei der CVP zeitigen die seit Jahrzehnten andauernden strukturellen Probleme – grosse soziale Heterogenität, Spannungen zwischen Konservativen, Wirtschaftskreisen und Christlich-Sozialen, Beschränkung auf die Katholiken, anhaltende Säkularisierung – erstmals einschneidende Auswirkungen. Die CVP fällt auf den vierten Rang zurück. Ende der 1990er Jahre eröffnet die SVP, die zur stärksten Partei geworden ist, den Kampf um die Vormachtstellung im bürgerlichen Lager und beginnt den Kurs der anderen Parteien zu beeinflussen. Sie fordert einen zweiten Sitz im Bundesrat, den sie 2003 zu Lasten der CVP auch erhält und mit ihrem Vordenker Christoph Blocher besetzt. Einen zweiten Frühling erleben bei den Nationalratswahlen 2003 die Grünen.

Durch die Erfolge der SVP, insbesondere durch ihr Vordringen in die Stammlande der CVP, in denen sie bis zu Beginn der 1990er Jahre nicht Fuss zu fassen vermochte, sind die kantonalen Parteiensysteme dem nationalen Muster ähnlicher geworden. In den katholischen Kantonen war die CVP lange Zeit die absolut dominante Partei. An ihrer Seite gab es gerade noch Platz für eine deutlich schwächere FDP (Obwalden, Nidwalden) und je nach dem auch noch für eine nicht allzu starke SP (Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Wallis). Seit Mitte der 1990er Jahren gewinnen in diesen Kantonen nun alle vier Bundesratsparteien Wählerstimmen. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich das gesamtschweizerische Modell mit den vier grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SP und SVP) auf alle Kantone übertragen wird. Dies liegt vor allem daran, dass die CVP in den protestantischen und konfessionell gemischten Kantonen an Bedeutung eingebüsst hat, dort nur noch schwach vertreten ist und hinter den Grünen und anderen Parteien zurück liegt. Insofern ist es auch nur bedingt gerechtfertigt, von einer Nationalisierung der kantonalen Politik zu sprechen.

3. Fragmentierung und Stabilität

Das Schweizer Parteiensystem ist beispielhaft dafür, dass eine grosse *Fragmentierung* nicht zwangsläufig mit politischer Instabilität einhergehen muss, wie dies lange Zeit von Forschern angenommen wurde, welche – geprägt durch die Erfahrungen in Grossbritannien und in den USA – davon ausgingen, dass Parteiensysteme basierend auf zwei etwa gleich grossen Parteien, den Mehr- und Vielparteiensystemen überlegen waren.

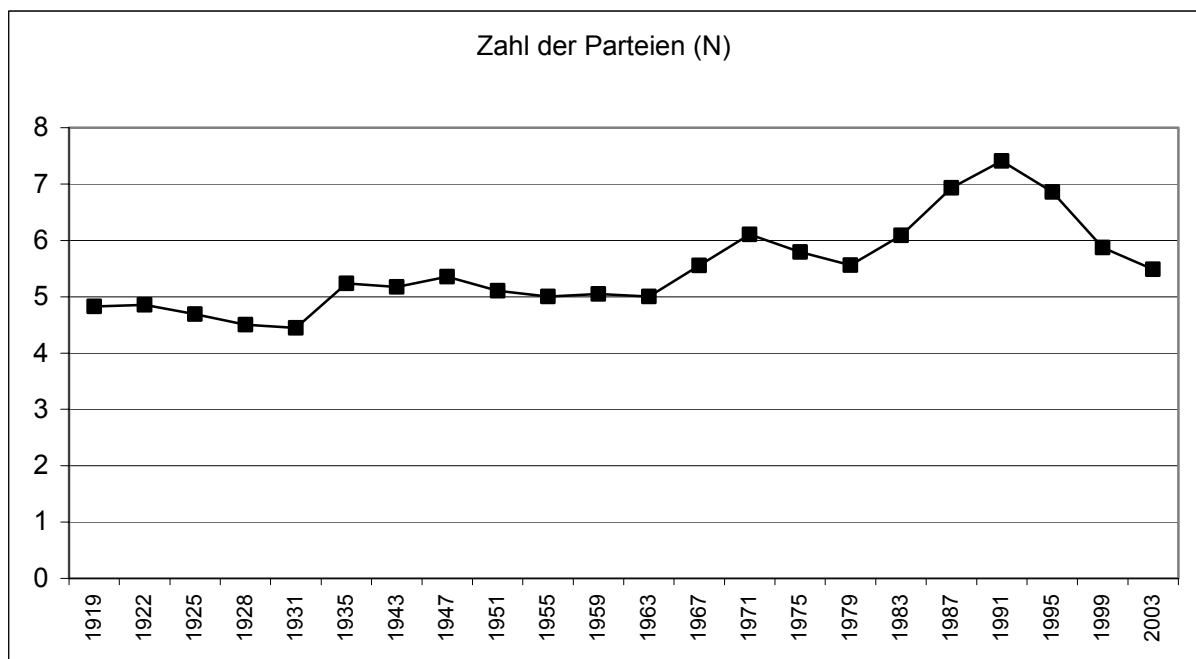
Was die Zahl der Parteien, basierend auf dem Index „effektive Zahl der Parteien“ von Laakso/Taagepera (1979), anbelangt, so gehört das Schweizer Parteiensystem zu den am stärksten fragmentierten Parteiensystemen. Der Durchschnittswert für die Zeit zwischen 1948 und 1995 belief sich beispielsweise auf 5.9. Auf Werte unter 3 kommen für dieselbe Zeitspanne Deutschland, England, Österreich und Malta, sowie Australien, Neuseeland und die USA. Auf Werte über 5 kommen die Niederlande, Belgien, Frankreich, Finnland und die Schweiz. Höhere Werte als die Schweiz hat lediglich Belgien seit Beginn der 1980er Jahre (vgl. auch Armingeon 2003: 12, Ladner 2004).

Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist, wie in vielen anderen Ländern auch (vgl. Ladner 2004), geprägt durch einen ersten Anstieg der Parteienzahl, der etwa Mitte der 1960er Jahre

einzusetzen beginnt, einen Rückgang in den 1970er Jahren und einen Wiederanstieg in den 1980er Jahren. Besonders auffallend für die Schweiz ist die verhältnismässig starke Zunahme vor dem Zweiten Weltkrieg. Eine Abweichung von der internationalen Entwicklung findet sich im *markanten Rückgang seit den Nationalratswahlen 1991*. Ursächlich für diesen Rückgang sind das Verschwinden der kleinen Parteien und die Gewinne von SVP und SP.

Der Blick auf die kantonalen Parteiensysteme zeigt, dass die effektive Zahl der Parteien vor allem in stark fragmentierten Kantonen wie Zürich, Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Thurgau und Genf seit Beginn der 1990er Jahre zurückgegangen ist, während sie in den schwach fragmentierten Kantonen eher noch zugenommen hat (vgl. Ladner 2003: 11 f.). Zumindest in dieser Hinsicht kann von einer gewissen Konvergenz der kantonalen Parteiensysteme gesprochen werden.

Grafik 2: Zahl der Parteien



Mit der effektiven Zahl der Parteien kann der Wandel der Parteiensysteme allerdings nur bedingt erfasst werden. Sie eignet sich dort, wenn zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen unterschieden werden soll. Grössere Verschiebungen von Wählerstimmenanteilen müssen

sich nicht zwingend in der Zahl der Parteien niederschlagen. Für solche Fälle ist die Volatilität der bessere Indikator.

Die Stabilität eines Parteiensystems wird in der Regel mit der *aggregierten Volatilität* von Pedersen (1979) gemessen. Diese Zahl misst die Verschiebung der Wählerstimmenanteile zwischen zwei Wahlgängen (vgl. Grafik 3). Für praktisch alle europäischen Länder lässt sich zeigen, wie der Zweite Weltkrieg das "normale" Gleichgewicht der Parteiensysteme durcheinander gebracht hat. Die Wähler mussten sich zuerst neu orientieren, was zu einer hohen Volatilität führte (Lane/Ersson 1994: 189). Die 1950er Jahre sind demgegenüber geprägt durch festere Parteibindungen. In den späteren 1960er Jahren steigt die Volatilität wieder an, und seither lösen sich Phasen mit starken und solche mit schwächeren Verschiebungen der Wählerstimmenanteile ab.

Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit seit 1945 liegt in der Schweiz bei 5.4. Andere Länder mit sehr tiefer Volatilität sind Österreich, Schweden und Grossbritannien, Länder mit hoher Volatilität sind demgegenüber die "neuen Demokratien" Griechenland, Spanien und Portugal sowie Frankreich und Dänemark. Widerlegen lässt sich mit diesen Zahlen – zumindest auf den ersten Blick – die Vorstellung, dass in den letzten Jahren die politischen Verhältnisse deutlich instabiler geworden sind als früher. Dies mag im Vergleich zu den "ruhigen" 1950er Jahren, die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, zutreffen, nicht aber für die Wahlen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴

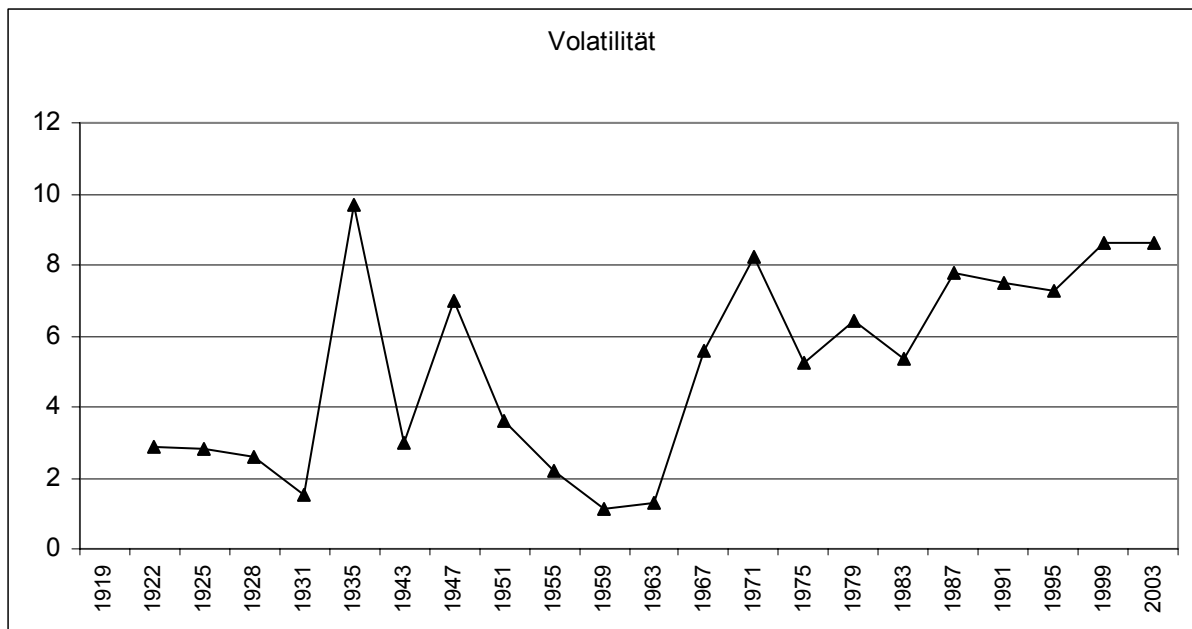
Eine grössere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Von der "Überfremdungsfrage", der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 1968er-Bewegungen profitieren die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äusseren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren beruhigt sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen und der

⁴ 1935 erlitten FDP (- 3.2 %) und SVP (- 4.3 %) grosse Verluste, während der LdU (+ 4.1 %), die Jungbauern (+ 3.1 %) und die Frontisten (+ 1.5 %) Gewinne erzielten. 1939 fanden in vielen Kantonen stille Wahlen statt, so dass die Stimmenverschiebungen mit einem "strukturellen Fehler" behaftet sind. Zu den Verlierern gehörten FDP (- 3 %), CVP (- 3.3 %) und SP (- 2.1 %), zu den Gewinnern SVP (+ 3.8 %) und LdU (+ 2.9 %). 1943 wurden, was die vier grossen Parteien anbelangt, die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kommen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (- 2.6 %). 1947 stehen Gewinne der neu gegründeten PdA (+ 5.1 %) Verlusten bei SP (-2.4 %) und bei den Jungbauern (- 2.1 %) gegenüber.

Autopartei kommt es wieder zu einer Belebung. Bis Mitte der 1990er Jahre ist die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil geblieben und dann 1999 auf etwas über 8 Prozent angestiegen. Einen entsprechenden Wert ergibt sich auch für die Nationalratswahlen 2003. Diese Belebung des Parteienwettbewerbs könnte durchaus auch strukturelle Ursachen haben. Eine grosse Mehrheit der Kantone verzeichnen seit Beginn der 1990er Jahre ebenfalls eine steigende Volatilität.

Das Problem des Indikators „Volatilität“ liegt darin, dass er nicht in allen Fällen sensibel genug ist, um Veränderungen im Parteiensystem zu erfassen. Die durch das Aufkommen der SVP bedingten Veränderungen im Schweizer Parteiensystem seit Mitte der 1990er Jahre sind im Verhältnis zu früheren Phasen deutlich grösser als es in der Darstellung den Eindruck macht. Dies rührt daher, dass über mehrere Wahlgänge anhaltende Wählerstimmengewinne mittleren Ausmasses die Volatilität nicht in die Höhe treiben, wohl aber zu einem generellen Wandel des Parteiensystems führen können.

Grafik 3: Volatilität



4. Positionierung und Polarisierung der Parteien

Neben der Zahl der Parteien beinhaltet die nicht unumstrittene⁵, aber noch immer die Parteienforschung stark beeinflussende Typologie der Parteiensysteme von Sartori (1976) auch qualitative Kriterien. Es sind dies die ideologische Distanz zwischen den Parteien und die Frage, ob im Parteienwettbewerb die "politische Mitte" oder die "Extreme" angestrebt werden, oder anders gefragt, ob eine zentrifugale oder eine zentripetale Wettbewerbsstruktur die Parteienkonkurrenz dominiert. Mit den ideologischen Unterschieden und der Richtung des Parteienwettbewerbs sind zwei ganz wichtige Merkmale von Parteiensystemen angesprochen. Die Operationalisierung und Messung dieser Merkmale ist allerdings deutlich schwieriger als im Fall von Fragmentierung und Volatilität. Kommt dazu, dass der politische Raum in Realität mehrdimensional ist und sich nicht lediglich auf die Links-rechts-Dimension reduzieren lässt,⁶ und es stellt sich die Frage, wo und auf welchem Niveau gemessen werden soll. Üblich sind Befragungen von Wählern (VOX- und SELECTS-Analysen der Nationalratswahlen, Farago 1996, Hirter 2000), von Mitgliedern, von Parteiexponenten (Sciarini et al. 1994) oder von Experten (vgl. z. B. Huber/Inglehart 1995) sowie die Analyse von Wahl- und Parteiprogrammen (Brändle 1999, Klingemann 1995: 189 ff.). Die in der internationalen Parteienforschung gebräuchlichsten Masszahlen (Positionierung, Polarisierung) beschränken sich dennoch in der Regel auf die Links-rechts-Dimension, da diese trotz allem eine gute Vereinfachung der politischen Differenzen liefert.

Der *Parteienwettbewerb* im Schweizer Mehrparteiensystem tendiert je nach Zeitpunkt und Partei in die Mitte oder zu den Extremen. Da jedoch starke Anti-System-Parteien fehlen, stellt das Schweizer Parteiensystem – zumindest auf nationaler Ebene – in der Terminologie von Sartori (1976) ein Beispiel für einen "moderaten Pluralismus" dar. Unterschiedlich präsentiert sich demgegenüber die Situation in den Kantonen. Wo sich, wie in den Innerschweizer Kantonen Uri, Obwalden und Nidwalden, in erster Linie CVP und FDP gegenüberstehen respektive gegenüberstanden, dort ist der politische Raum relativ eng begrenzt. In Kantonen, in denen eine PdA oder eine grün-alternative Partei auf der einen und eine Freiheitspartei oder die Schweizer Demokraten auf der anderen Seite existieren, ist das politische Spektrum viel

⁵ Für eine kritische Auseinandersetzung mit Sartoris Typologie vergleiche z. B. Reif (1984: 147 ff.), Gross/Siegelmann (1984: 478, Fn 1) und Ware (1996: 168 ff.).

⁶ Als Alternativen bieten sich auch andere Dimensionen wie z. B. grün vs. anti-grün, Materialismus vs. Postmaterialismus, Gemeinschaft vs. Gesellschaft respektive die Einstellung zu konkreten politischen Sachfragen an.

breiter. Kantone mit polarisierten Parteiensystemen sind Genf, Zürich, Bern, Basel-Stadt, Basel-Land und Neuenburg.

Tabelle 1 zeigt die *Positionierung der Schweizer Parteien auf der Links-rechts-Achse* aus verschiedenen Perspektiven. Auffallend ist, dass von wenigen Ausnahmen (Lokalparteien 1990, Experten 1985) abgesehen, die Rangfolge der Parteien auf der Links-rechts-Achse gewahrt bleibt. Von den Bundesratsparteien positioniert sich die SP klar auf der linken Seite, die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP auf der rechten Seite des politischen Spektrums, wobei die CVP am stärksten zur Mitte tendiert. Bemerkenswert ist weiter, dass die Distanz zwischen der SP und der ihr am stärksten nahestehenden Partei im bürgerlichen Lager deutlich grösser ist als die Distanz zwischen den Extremen im bürgerlichen Lager. In politischen Blöcken gesprochen ist die Struktur des Schweizer Parteiensystems bipolar und nicht tripolar, wie dies im Umfeld der Nationalratswahlen 1995 diagnostiziert wurde (vgl. Longchamp et al. 1995, die „neue Tripolarität“).

Weiter zeigt sich, dass die Wählerschaft eher in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist, während die Parteien in der Regel extremere Positionen einnehmen. So liegen etwa die bürgerlichen Parteien nach Einschätzung der Parteipräsidenten in Gemeinden und Kantonen auf allen drei Ebenen rechts von ihren Wählern, während die SP-Organisationen links von ihrer Wählerschaft eingestuft werden. Einzige Ausnahme im bürgerlichen Lager bilden die Selbsteinschätzungen der CVP-Kantonalparteipräsidenten. Es lässt sich vermuten, dass sich hier der programmatische Weg der CVP-Führung ins Zentrum widerspiegelt, während die Basis nach wie vor stärker nach rechts tendiert.

Was die Wahlprogramme anbelangt, so decken sich diese bei SP und FDP ziemlich genau mit der Einschätzung der Wählerschaft. Auch die CVP tendiert eher in die Mitte, so dass diesbezüglich von einem zentripetalen Wettbewerb gesprochen werden könnte. Die SVP versucht sich demgegenüber zentrifugal zu positionieren und liegt mit ihren Wahlprogrammen rechts von ihren Wählern. Auffallend im internationalen Vergleich ist, dass sich die FDP-Wähler in der Schweiz rechts von den CVP-Wählern einstufen, während international gesehen – gemäss Klingemann (1995: 194) – die Liberalen links von den Christdemokraten zu liegen kommen. Der internationale Vergleich zeigt zudem, dass die Schweizer SP deutlich links des Durchschnittswerts der sozialdemokratischen Parteien zu liegen kommt.

Tabelle 1 Die Links-rechts-Verortung der Schweizer Parteien aus unterschiedlicher Perspektive

Einschätzung durch:	PdA	SP	GPS	LdU	EVP	CSP	CVP	FDP	SVP	LPS	SD	FPS
Lokalparteipräsidenten 1)												
eigene nationale Partei 1990	1.4	3.2	3.7	4.4	5.3	6.2	6.4	7.5	7.2	8.3		
eigene nationale Partei 2003	2.0	2.9	2.6		4.9	4.0	5.9	6.8	7.9	8.2	8.7	
Kantonalparteipräsidenten 2)												
eigene nationale Partei 1997	1.0	2.6	3.2	5.2	5.9		5.4	6.8	7.7	7.6	7.6	8.2
Wähler 3)												
Selbsteinschätzung 1995		3.8	3.4				5.8	6.1	6.8	7.1		
Selbsteinschätzung 1999		3.1					5.7	6.1	6.7			
Selbsteinschätzung 2003												
Experten 4)												
1975		4					6.8	6.2	6.4			
1985		4.7					7.1	6.6	6.4			
1995		2.6					4.4	6.0	6.3			
Wahlprogramme 5)												
Durchschnittswert 1945-1995		4.3	4.2				5.5	6.1	7.0			

- 1) Lokalparteipräsidentenbefragung 1990 (vgl. Geser et al. 1994), Lokalparteienbefragung 2003 (vgl. Geser et al. 2003). Mittelwerte berechnet auf den Angaben von zwischen 6 (SD) und 522 (SP) Lokalparteien. Skala: 1 – 10.
- 2) Kantonalparteipräsidentenbefragung 1997 (vgl. Ladner/Brändle 2001). Mittelwerte berechnet auf den Angaben von zwischen 5 (PdA) und 25 (FDP, SP) Kantonalparteien. Skala: 1 – 10.
- 3) Analyse der Nationalratswahlen 1995: Farago (1996), Klöti (1998); Analyse der Nationalratswahlen 1999 (Hirter 2000). Skala: 0 – 10.
- 4) Inglehart/Sidjanski (1974), Sani/Sartori (1983), Huber/Inglehart (1995).
- 5) Brändle (1999); Zeitraum: letzten 50 Jahre, eigene Berechnungen gemäss Klingemann (1995 Fn. 7)

Die politische Positionierung auf der Links-rechts-Skala kann sich über die Zeit hinweg ändern. Im Falle der Schweizer Parteien gibt es zwei relativ präzise Einschätzungen der politischen Positionen. Die eine stammt von Experten, die andere von den Präsidentinnen und Präsidenten der Lokalparteien. Gemäss den Autoren Inglehart/Sidjanski (1974), Sani/Sartori (1983) und Huber/Inglehart (1995) hat sich die FDP seit Mitte der 1970er Jahren zuerst nach

rechts, und dann wieder nach links bewegt. Auch die CVP hat sich zuerst nach rechts und dann, allerdings deutlich stärker als die FDP, wieder nach links verschoben. Dasselbe gilt auch für die SP, während sich die SVP ziemlich konstant auf der rechten Seite behauptete. Diese Werte sind insgesamt nicht unplausibel, wenngleich die SP bei Sani/Sartori etwas zu stark rechts und die CVP bei Huber/Inglehart zu stark links platziert wurde. Allerdings kommt in diesen Einschätzungen Rechtsrutsch der SVP in den letzten Jahren nicht zum Ausdruck, was mit dem Beobachtungszeitraum zusammenhängt.

Ein aktuelleres und akkurateres Bild vermögen die beiden Lokalparteienbefragungen in den Jahren 1990 und 2003 zu zeichnen. Dargestellt werden hier die Einschätzungen der nationalen Parteien aus Sicht der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die SVP auf nationaler Ebene in den 1990er Jahren nach rechts und die anderen drei Bundesratsparteien nach links gerutscht sind. Diese Entwicklung betrifft jedoch vor allem die Parteien auf nationaler Ebene. Die Lokalparteien selbst, haben sich weniger stark verschoben. Nicht zutreffend mit Blick auf die Basis ist die Vorstellung, dass hier eine starke Mitte-Links-Koalition im Entstehen begriffen ist. Die Distanz der CVP zur SP ist noch immer deutlich grösser als ihre Entfernung von den anderen bürgerlichen Parteien. In derselben Untersuchung kann zudem gezeigt werden, dass in Bezug auf konkrete Sachthemen die Gemeinsamkeiten zwischen FDP, CVP und SVP nach wie vor sehr gross sind.

Die *Analyse der Parteiprogramme*, wie sie von der „Manifestoes Research Group“ entwickelt wurde, geht ebenfalls davon aus, dass den Parteiprogrammen bzw. den hervorgehobenen Themen tendenziell eine Links-rechts-Dimension zugrunde liegt (vgl. Budge, Robertson, and Hearl 1987). „Linke“ Themen, etwa im Zusammenhang mit Umverteilung (Sozialleistungen, Regulierung) können systematisch „rechten“ Themen wie nationale Verteidigung, traditionelle Moral oder freie Marktwirtschaft gegenübergestellt werden. Die Analysen für die Schweiz im Zeitraum zwischen 1947 und 1995 lässt sich in vier Phasen unterteilen (vgl. Brändle 1999: 18 ff.):

- Zwischen 1947 und 1959 positionieren sich die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP klar im rechten, die SP als zeitweilige Oppositionspartei deutlich im linken Bereich des politischen Spektrums. Im Vorfeld der Einführung der Zauberformel von 1959 nehmen die CVP und sehr ausgeprägt die SP mit ihrem neuen Parteiprogramm starke Korrekturen nach rechts vor.

- Zwischen 1963 und 1979 rücken FDP, CVP und SVP näher zusammen und bewegen sich gemeinsam in die Mitte, während sich die SP mit geringfügigen Schwankungen klar im linken Bereich der Skala positioniert. Die Positionen der Bundesratsparteien bleiben relativ konstant, die Links-rechts-Distanzen zwischen den Regierungsparteien erzielen die tiefsten Werte.
- Nach 1980 kommt es zu einer verstärkten Verschiebung der Parteipositionen. FDP und SP positionieren sich am rechten bzw. am linken Pol, CVP und SVP eher in der Mitte. Mit der "liberalen Offensive" zu Beginn der 1980er Jahre setzt sich die FDP von den beiden anderen bürgerlichen Parteien nach rechts ab. Bereits ab 1987 rücken die Positionen der Regierungsparteien aber wieder näher zusammen.
- Im Hinblick auf die Wahlen 1995 ändert sich die Konstellation der Parteipositionen grundlegend: Die SVP beginnt sich stark nach rechts zu bewegen und bildet neu mit der FDP den rechten Pol der Regierungsparteien. Die CVP nimmt eine Mitte-Position ein, während die SP auf der linken Seite verharrt.

Die Entwicklungen im Vorfeld der 1995er Wahlen haben sich seither fortgesetzt. Auch wenn für jüngste Zeit keine entsprechenden Analysen mehr vorliegen, kann von einer starken Polarisierung mit der SP auf der linken und der SVP auf der rechten Seite ausgegangen werden. Die FDP und die CVP haben sich zuerst etwas nach links und dann angesichts der Verluste an die SVP wiederum nach rechts bewegt.

Was die *Polarisierung* des Schweizer Parteiensystems betrifft, so zeigen die von Lane/Ersson (1994: 185) berechneten Daten für die europäischen Länder, dass das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich polarisiert ist. Im Durchschnitt der 16 untersuchten europäischen Staaten ergibt sich nach einer Phase des Rückgangs Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre eine kontinuierliche Zunahme der Polarisierung. Die Detailanalyse für die Schweiz macht aber auch deutlich, dass eine solche Analyse methodisch nicht ganz unproblematisch ist. Je nachdem, wie die politischen Parteien auf der Rechts-links-Achse verortet wurden, kommt es zu einem unterschiedlichen Verlauf der Kurve. Zudem müsste die Veränderung der politischen Positionen der Parteien laufend berücksichtigt werden.

Berechnet man auf der Basis der Einschätzung der nationalen Parteien aus Sicht der Lokalparteipräsidenten die Positionierung und Polarisierung des Schweizer Parteiensystems zu den Erhebungszeitpunkten 1990 und 2003, so lässt sich zeigen, dass das Parteiensystem insgesamt ganz leicht nach links (auf der 10er Skala von 5.87 auf 5.57) gerutscht ist, und dass die Polarisierung (von 3.8 auf 4.6) zugenommen hat.⁷

5. Verankerung in der Bevölkerung

In den letzten Jahrzehnten scheinen sich – verfolgt man die öffentliche Diskussion – die politischen Parteien in einer Dauerkrise zu befinden. Den Parteien wird vorgeworfen, dass es ihnen kaum mehr gelingt, in der Politik wesentliche Impulse zu setzen, dass ihre Problemlösungsfähigkeit gesunken ist und dass sie in der Bevölkerung über immer weniger Rückhalt verfügen. Der Anteil der Leute mit festen Parteibindungen gehe zurück und die Stammwählerschaft der Parteien sinke. Die gängigen Indikatoren, mit denen Akzeptanz und Verankerung der Parteien in der Bevölkerung gemessen werden, sind auf der Ebene der Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien, Parteisympathien und Parteiidentifikation, sowie aus Sicht der Parteien, ihre Möglichkeiten Mitglieder und Rollenträger für parteiinterne und öffentliche Mandate zu rekrutieren und ihre Vertretung in den wichtigsten politischen Ämtern.

Die *Wahl- und Abstimmungsbeteiligung* ist in der Schweiz seit Mitte des letzten Jahrhunderts kontinuierlich zurückgegangen. Lag die Wahlbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg noch über 70 Prozent, so hat sie sich seit 1979 zwischen 40 und 50 Prozent eingependelt. Die durchschnittlich Abstimmungsbeteiligung, welche in früheren Zeiten bis zu 10 Prozent unter der Wahlbeteiligung lag, kommt seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre etwa in den Bereich der Wahlbeteiligung zu liegen. Die Schweiz gehört im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien, zusammen mit den USA, zu den Ländern mit der tiefsten Beteiligung an nationalen Wahlen, auch wenn in vielen anderen westlichen Ländern die Wahlbeteiligung ebenfalls tendenziell sinkt (Gray/Caul 2000). Die Gründe für die tiefen Beteiligungswerte der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dürften in der starken Belastung durch die

⁷ Für die Berechnung von Positionierung und Polarisierung eines Parteiensystems vgl. Siegelman/Yough (1978: 357) und Gross/Siegelman (1984).

direkte Demokratie und der damit verbundenen Möglichkeit, Regierungsentscheide an der Urne rückgängig machen, zu finden sein. Dazu kommt die geringere Bedeutung des Wahlentscheids in der zur Kartellisierung neigenden Konkordanzdemokratie.

Höhere Beteiligungswerte können aus demokratietheoretischen Überlegungen wünschenswert sein. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sie zu grundlegend anderen politischen Entscheidungen und einer anderen Parteienzusammensetzung führen würden. Die politischen *Sympathien der Nicht-Wählenden* sind ähnlich verteilt wie diejenigen der Wählenden, allenfalls mit einem leichten Plus für die Rechte. Eigene Analysen der Nicht-Wähler bei den Nationalratswahlen 1999 zeigen, dass unter den Wahlabstinenten die beiden Pole etwas mehr Sympathien geniessen als die Mitteparteien und die gemässigten Bürgerlichen. Die Linke erzielte etwa ein Drittel der Stimmen der Nicht-Wähler und die Rechte etwas mehr als 35 Prozent (vgl. dazu auch Lutz 2003: 84).

Das *Vertrauen in die politischen Parteien* ist tief, verglichen mit anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen, und in letzter Zeit eher noch etwas rückläufig (vgl. GFS 2003). Abgenommen hat auch die *Parteiidentifikation* der Bürgerinnen und Bürger. Während sich in den 1970er Jahren noch über 50 Prozent der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, waren es 1994 noch knapp 40 Prozent. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten geben in den 1990er Jahren an, dass sie für keine Partei besondere Sympathien haben (vgl. Longchamp 1994: 21, Lachat i. E.). Auffallend dabei ist, dass die Abnahme der Parteibindungen vor allem im politischen Zentrum stattgefunden hat, während auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums die Bindungen eher stabil geblieben sind. Direkt betroffen und gefährdet sind also die Zentrumsparteien CVP und FDP. Allerdings lässt sich auch zeigen, dass unter denjenigen, die sich mit einer Partei identifizieren, die Bereitschaft eher noch etwas zugenommen hat, diese Partei auch zu wählen (vgl. Lachat i. E.). Die Parteiungebundenen sind nicht gleichermassen über die Bevölkerung verteilt. Besonders stark vertreten sind sie bei den Leuten mit tiefer Bildung, bei den jüngeren, bei den Frauen und in der Westschweiz (vgl. Suter 2000: 198). In praktisch allen Gruppen lässt sich aber zeigen, dass der Anteil an Parteiungebundenen in den 1980er und 1990er Jahren zugenommen hat.⁸

⁸ Auf der Verhaltensebene müsste sich die Abnahme der Parteibindungen in einer Zunahme der Wechselwähler manifestieren. Verglichen mit anderen Ländern liegt der Anteil der Wechselwähler eher tief, was nicht zuletzt durch das grosse Parteienangebot und die beachtliche politische Stabilität erklärt

Ein weiterer Indikator zur Bestimmung der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung sind die *Mitgliederzahlen der Parteien*. Leider gibt es diesbezüglich für die Schweiz nur wenige verlässliche Angaben, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass hierzulande das Mitgliederprinzip bei den bürgerlichen Parteien relativ spät und vor allem nicht vollständig umgesetzt wurde. Erst in den 1970er Jahren begannen sich FDP und CVP stärker auf der Basis von eingeschriebenen Mitgliedern zu organisieren, und in den 1990er Jahren waren in diesen beiden Parteien noch immer entsprechende Anstrengungen im Gange. Unsere Befragungen bei den Lokalparteien dokumentieren nicht nur das Ausmass der fehlenden Umsetzung des Mitgliederprinzips, sondern deuten auch darauf hin, dass diesbezüglich in den letzten Jahren kaum noch Veränderungen stattgefunden haben: 1990 kannten etwas mehr als 40 Prozent der CVP- und knapp 60 Prozent der FDP-, 75 Prozent der SVP- und mehr als 80 Prozent SP-Lokalsektionen eine formalisierte Mitgliedschaft (vgl. Geser et al. 1994: 141), 2003 lag der Anteil bei der CVP bei 45 Prozent, bei der FDP nach wie vor bei 60 Prozent, bei der SP bei 87 Prozent und bei der SVP war er auf 70 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang des Anteils an Lokalparteien basierend auf dem Mitgliederprinzip bei der SVP dürfte darauf zurückzuführen sein, dass hier in jüngster Zeit zahlreiche neue Lokalsektionen gegründet wurden, die noch keine klare Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Anhängern machen. Im Fall der SP ist erstaunlich, dass nicht alle Lokalparteien angeben, eine entsprechende Unterscheidung zu machen, da hier das Mitgliederprinzip statutarisch vorgeschrieben ist. Es ist deshalb wohl davon auszugehen, dass in einigen Lokalparteien die Frage aufgrund der gelebten Praxis und nicht aufgrund der Statuten beantwortet wurde. Entsprechend könnten die Werte auch bei den anderen Parteien noch etwas höher liegen. An der Tatsache, dass bei den bürgerlichen Parteien das Mitgliederprinzip nicht flächendeckend eingeführt wurde, ändert sich jedoch nichts.

Eine mögliche Erklärung für die späte und nur teilweise Herausbildung der formalisierten Mitgliedschaft liefert die Parteipresse, welche bis Mitte der 1960er Jahre noch relativ bedeutungsvoll war. Die Parteien organisierten sich über ihre Presseorgane, die Leser verkörperten die Mitglieder und Sympathisanten, und es bestand kein Anlass, klare Kriterien

werden kann. Die auf individueller Ebene gemessene Wählervolatilität (Wahl unterschiedlicher Parteien in zwei aufeinanderfolgenden Wahlgängen) beträgt rund 15 Prozent und hat sich zwischen 1967/71 und 1991/95 nicht wesentlich verändert (vgl. Nabholz 1998: 31).

für eine Mitgliedschaft zu formulieren und entsprechende Organisationsstrukturen herauszubilden (Gruner 1964: 285 f.).

Soll dennoch ein Versuch der Bestimmung der *Zahl der Parteimitglieder* gewagt werden, so ist man gezwungen, sich auf Schätzungen und Hochrechnungen zu verlassen. Gruner geht für die Zeit von 1963/67 von einem Mitgliederanteil an den effektiv Wählenden von 38 Prozent aus. Nach seinen Erkenntnissen ist dieser Anteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 auf die Hälfte gesunken. Gemessen am Anteil der Stimmberechtigten betrug er in den 70er Jahren etwa 11 Prozent (Gruner 1977: 218), was rund 390'000 Parteimitgliedern entsprach. Damals sprach Gruner noch davon, dass der Organisationsgrad der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich sehr hoch sei.

Folgt man den Angaben der Parteien, so kommt man Mitte der 1990er Jahre, wie bereits zu Zeiten von Gruner (Mitte der 1970er Jahre), auf rund 400'000 Parteimitglieder, wobei 150'000 Mitglieder alleine auf die FDP entfallen (vgl. Tabelle 2). Berücksichtigt man, dass in diesen 20 Jahren die Zahl der Stimmberechtigten um über 900'000 zugenommen hat, kann von einer Abnahme des Parteimitgliederanteils ausgegangen werden. Ein solcher Rückgang der Parteimitgliedschaft wird auch durch Umfrageergebnisse bestätigt. Gemäss den Erhebungen von Longchamp (1994: 22) hat sich der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten in der Zeit von 1983 bis 1994 von 18 auf 12 Prozent zurückgebildet.⁹

In Tat und Wahrheit dürfte der Anteil der Mitglieder in diesen Angaben überschätzt werden. Verwendet man zur Bestimmung der Mitgliederzahlen einen *restriktiven Mitgliederbegriff*, welcher dort, wo aufgrund des fehlenden Mitgliederprinzips der umfassendere Begriff "Sympathisanten/Anhänger" verwendet wurde, Korrekturen vornimmt, liegt der Parteimitgliederanteil an den Stimmberechtigten mit knapp 7 Prozent wesentlich tiefer. So gesehen hatten die Schweizer Parteien 1997 lediglich rund 300'000 Mitglieder. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz damit etwa im Mittelfeld. In Deutschland, Holland, England und Frankreich haben die Parteien deutlich weniger Mitglieder, in Österreich deutlich mehr (vgl. Katz/Mair 1992: 334, Mair/van Biezen 2001).

⁹ Die Prozentanteile liegen wohl deshalb etwas zu hoch, weil sich bei solchen Umfragen in der Regel die aktiveren und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen.

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der Schweizer Parteien

	„effektive Mitglieder“*	"offizielle" Angaben der Parteien**
FDP	89'000	150'000
CVP	60'000	80'000
SVP	70'000	80'000
SPS	39'000	40'000
LdU***	3'000	5'000
Grüne	5'000	8'200
EVP	4'000	4'000
Liberale Partei	13'000	15'000
Freiheitspartei***	10'000	12'500
Schweizer Demokraten	5'000	6'000
Partei der Arbeit	1'200	4'000
Total Bundesratsparteien	258'000	350'000
Total andere Parteien	41'200	54'700
Total alle Parteien	299'200	404'700

* Korrigierte Zahlen aufgrund der Kantonalparteienbefragung 1997/98 (Ladner/Brändle 2001).

**Publiziert in Swiss Review 1994 und 1995

*** LdU und Freiheitspartei haben sich seither formal aufgelöst.

Mitgliederstärkste Partei ist, auch nach diesen Berechnungen, die FDP mit etwa 90'000 Mitgliedern, gefolgt von CVP und SVP. Die SP liegt mit rund 40'000 Mitgliedern deutlich hinter den anderen Bundesratsparteien zurück. Allerdings ist sie in der Auswahl ihrer Mitglieder selektiver und setzt ein grösseres finanzielles und persönliches Engagement voraus.

Auf der Basis der beiden Lokalparteienbefragungen können die Veränderungen der Mitgliederzahlen zwischen 1990 und 2003 einigermaßen plausibel hochgerechnet werden. Gemäss diesen Angaben haben die Bundesratsparteien zusammen zwischen 1990 und 2003 rund einen Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Besonders gross waren die Verluste bei FDP und CVP mit mehr als einem Viertel, etwas geringer bei SVP und SP mit etwas weniger als 15 Prozent. Mit anderen Worten heisst dies, dass Wählerstimmengewinne nicht zwingend mit steigenden Mitgliederzahlen einhergehen müssen. Obschon die SP 1995 wählerstimmestärkste Partei geworden ist, sind ihre Mitgliederzahlen weiter zurückgegangen. Allerdings gibt es auch Beispiele, wo beide Entwicklungen in dieselbe Richtung laufen. Die SVP des Kantons Zürich konnte in den letzten Jahren neben den Stimmengewinnen auch einen deutlichen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen vermelden.

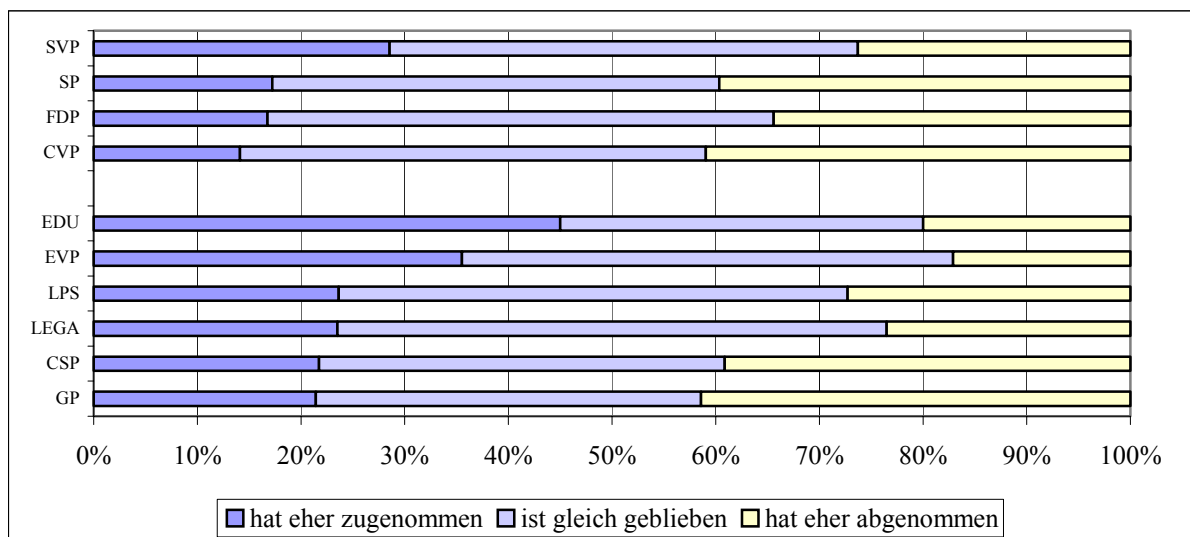
Einen gewissen Zuwachs an Mitgliedern, welcher die Abgänge bei den Männern teilweise kompensiert, dürften die Schweizer Parteien in den letzten Jahren vor allem durch die Frauen erfahren haben. Eine grosse Zahl Lokal- und Kantonalparteien gibt an, dass die Zahl der Frauen unter den Mitgliedern in den letzten Jahren zugenommen hat, während bei den Männern eher Stagnation oder Rückgang vorherrschte (vgl. Geser et al. 1994: 65 ff.). Trotz dieser deutlichen Zunahme des Frauenanteils sind die Männer in den Parteien aber noch immer in der Überzahl. In der Anhängerschaft ist der Frauenanteil seit 1990 von 36.4 auf 40.7 Prozent gestiegen, bei den aktiven Mitgliedern von 31.6 auf 36.6 Prozent. Auffallend ist aber, dass in der Schweiz – trotz später Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene (1971) – der *Anteil der Frauen bei den Parteimitgliedern* in die Nähe der skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden und Dänemark) rückt und Länder wie Deutschland und Italien hinter sich lässt (Geser et al. 1994: 65).

Es wäre sicher falsch, Erfolg und Zukunftsaussichten der Parteien einzig von ihren Mitgliederzahlen abhängig zu machen. Mindestens seit Kirchheimer (1995) besteht die Vorhersage, dass die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien zurückgehen und einer verstärkten Wählerorientierung Platz machen wird. Entsprechend muss ein Rückgang der Mitglieder nicht zwangsläufig negativ für eine Partei sein, sondern könnte auch als Zeichen dafür gelten, dass die Partei ein neues, möglicherweise erfolgreicherer Organisationsprinzip gefunden hat. Fehlen die Mitglieder, so sind die Parteien allerdings umso stärker auf engagierte Aktivisten oder professionelle Parteiangestellte angewiesen. Im Milizland Schweiz sind vor allem erstere von Bedeutung, da die Schweizer Parteien nur über wenige

vollamtliche Parteileute verfügen (vgl. Ladner 2001: 134 ff.) und keine staatliche Parteienfinanzierung kennen.

Die jüngsten Entwicklungen zeichnen, zumindest auf der Ebene der Lokalparteien, ähnlich wie bei den Mitgliedern, ein eher düsteres Bild. Einem Drittel an Lokalsektionen mit Einbussen bei den Aktiven steht nur ein Fünftel an Lokalsektionen mit einem Zuwachs gegenüber. Die Trends verlaufen ähnlich wie bei der Anhängerschaft und bei den Mitgliedern. Auch hier manifestiert sich ein ernsthaftes Männerproblem. In beinahe 40 Prozent der Parteien ist die Zahl der männlichen Aktiven kleiner geworden. Wie bei der Anhängerschaft verzeichnen auch bei den Aktiven die Parteien kleiner Gemeinden die stärksten Einbussen, rückläufig sind die Aktivenzahlen aber auch in grösseren Gemeinden.

Grafik 4: Wandel der Aktiven, nach Parteien (Prozentanteile)



Nmin (Lega) = 17, Nmax = 561

Die Bedeutung der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Im traditionellen Parteienverständnis der Schweiz findet sich die Basis der Parteien in den Gemeinden. In der Regel können Interessierte nicht direkt der nationalen Parteien beitreten, sondern werden an die Lokalsektion ihrer Wohngemeinde verwiesen. Hier wird über die Mitgliedschaft entschieden, wobei die Aufnahme, mit Ausnahme der SP,

normalerweise eine Formalität darstellt. Auch wenn in den letzten Jahren die Zahl der Quereinsteiger tendenziell zugenommen hat, verläuft die klassische Politikkarriere auch heute noch von unten nach oben und beginnt mit einem öffentlichen Amt auf lokaler Ebene. Die in jüngerer Zeit anhaltenden Schwierigkeiten der Parteien, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die zahlreichen politischen Mandate in den Gemeinden zu finden, muss nicht nur im Zusammenhang mit einer kleiner werdenden Personaldecke der Parteien gesehen werden, sondern kann zusammen mit einem partiellen Bedeutungsverlust der Lokalparteien in den Gemeinden zu einer Beeinträchtigung der politischen Stabilität führen (vgl. Ladner 1996, 1999).

Die stärkste Unterstützung erhält die Erosionsthese durch die rückläufige *Vertretung der Lokalparteien in den kommunalen Exekutiven*. Nach wie vor wird die grosse Mehrheit der knapp 17'500 Exekutivsitze in den Gemeinden – wie unsere verschiedenen Befragungen der Gemeindeglieder zeigen (vgl. Ladner 1991, Geser et al. 1996 und Ladner et al. – von Parteimitgliedern eingenommen, wobei gilt, dass der Anteil der Parteimitglieder in den Exekutiven mit zunehmender Gemeindegrösse ansteigt (vgl. Ladner 1991). In den letzten 10 bis 15 Jahren ist die Vertretung der Parteien in den kommunalen Exekutiven allerdings zurückgegangen. In den Gemeinden, in denen die Entwicklung verfolgt werden kann, hat der Anteil der Parteivertreter in den kommunalen Exekutiven von 85.2 Prozent im Jahre 1988, auf 81.9 Prozent im Jahre 1994 und auf 80.4 Prozent im Jahre 1998 abgenommen.¹⁰

Weiter gilt: Alle vier Bundesratsparteien haben 1998 einen geringeren Sitzanteil als 1988 (vgl. Grafik 5).¹¹ Diese Feststellung ist vor allem im Falle der SVP von Interesse, die demgegenüber bei (Parlaments-)Wahlen, insbesondere auch auf kantonaler und nationaler Ebene, in den letzten Jahren ausgesprochen erfolgreich war. Die einzige Abweichung vom allgemeinen Trend bildet die FDP, welche zwischen 1994 und 1998 ganz leicht an

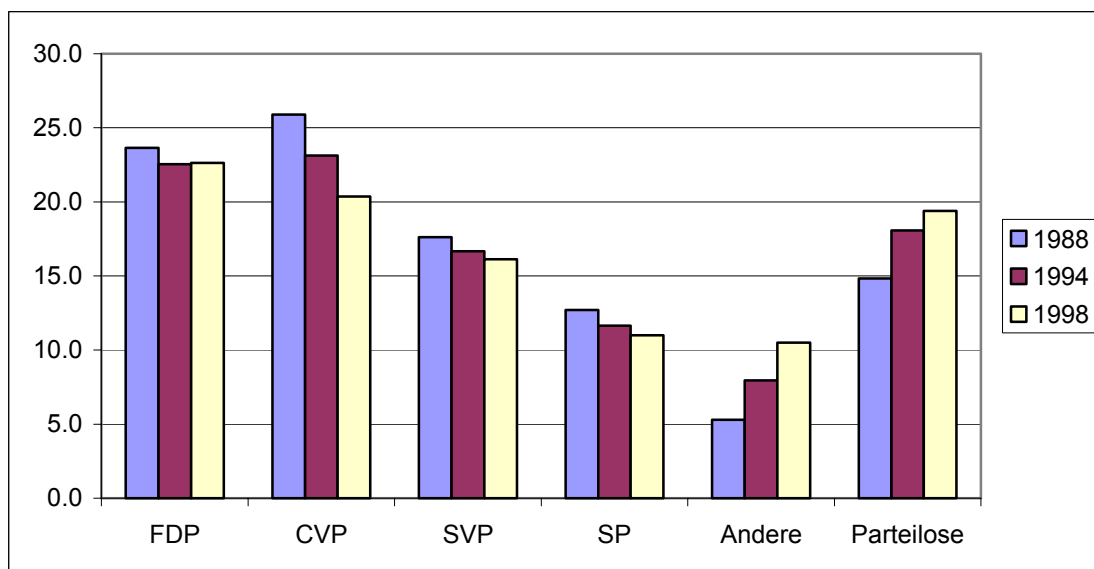
¹⁰ Bei diesen Zahlen werden nur 39 Prozent der Exekutivsitze berücksichtigt. Nimmt man in der 1998er Befragung sämtliche Sitze, über die Angaben verfügbar sind (rund 71 Prozent aller Sitze), so liegt der Anteil der Parteimitglieder mit 73.3 Prozent deutlich tiefer. Allerdings lag bei dieser Betrachtungsweise der Anteil der Parteimitglieder 1988 mit 79 Prozent ebenfalls deutlich tiefer, so dass von einem Rückgang in der gleichen Grössenordnung ausgegangen werden kann.

¹¹ Berücksichtigt werden auch hier nur Gemeinden, die an allen drei Befragungen teilgenommen und vollständige Angaben geliefert haben. Die Sitzanteile werden über die Gesamtzahl der Sitze berechnet, es handelt sich also nicht um durchschnittliche Sitzanteile.

Sitzanteilen zulegen konnte. Zu den grossen Gewinnern in den kommunalen Exekutiven zählen „andere Parteien“ und die Parteilosen.

Aus Sicht der Parteien beruhigend mag die Erkenntnis sein, dass die „Erosion der Lokalparteien“ vor allem in den im internationalen Vergleich sehr kleinen Gemeinden stattfindet, in denen überdies nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt. In den Städten spielen die Parteien nach wie vor eine deutlich grössere Rolle. Es stellt sich hier die Frage, ob eine duale Entwicklung vonstatten geht und sich neben dem Parteienmodell in den Städten ein parteiloses Politikmodell in den kleineren Gemeinden durchsetzt, oder ob die kleineren Gemeinden eine Vorreiterrolle einnehmen und auch in den grösseren Gemeinden ein Bedeutungsverlust der Parteien folgen wird. Wie dem auch sei, es ist davon auszugehen, dass die Beziehung zwischen den Parteien und der Wählerschaft auch in der Schweiz an Stabilität eingebüsst hat.

Grafik 5: Sitzanteile der Bundesratsparteien in den kommunalen Exekutiven



6. Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung

Das Schweizer Parteiensystem galt lange Zeit als Inbegriff der politischen Stabilität. Verschiebungen von Wählerstimmenanteilen im Bereich von ein paar wenigen Prozentpunkten wurden bereits als erdrutschartige Gewinne oder Verluste dargestellt. Dies hat sich in den 1990er Jahren schlagartig geändert. Innerhalb von 10 Jahren ist die SVP von einer 10-Prozent-Partei zur stärksten Partei angewachsen. Das dem schweizerischen politischen System immanente Prinzip der Machtteilung verhindert zwar, dass die SVP damit zugleich auch zur dominierenden Kraft wird, doch ihre Erfolge haben das rechtsbürgerliche Lager gestärkt und werden im Parteiensystem voraussichtlich bleibende Spuren hinterlassen. Unter besonderem Druck stehen die beiden historischen Parteien CVP und FDP. Diese beiden Parteien haben in den Nationalratswahlen 2003 nicht nur ihr schlechtestes Resultat seit 1919 erzielt, sondern ihre Wählerstimmenanteile sind nun seit mehr als 20 Jahren rückläufig, was darauf hindeutet, dass die Probleme nicht konjunktureller Natur sind und sich nicht mit kleineren programmatischen Korrekturen oder einer effizienteren Parteiorganisation und besserer Öffentlichkeitsarbeit lösen lassen. Für die FDP stellt sich die Frage, ob sie das Schicksal liberaler Parteien in anderen Ländern teilen wird und von einer dominierenden, staatstragenden Partei zu einer Mehrheitsbeschafferin und potentiellen Koalitionspartnerin zurück gestuft wird. Bei der CVP könnte die grosse Klammer, gebildet durch die katholische Konfession, endgültig auseinander brechen. Die konservativen Kräfte sind in der SVP ebenso gut aufgehoben wie in der CVP und die christlich-sozialen könnten auf der Linken oder als ethische Nischenpartei eine neue Heimat finden. Was also auf den ersten Blick als temporäre Fluktuation oder partieller Wandel – um in der Terminologie von Gordon Smith (1989) zu bleiben – erscheint könnte in Tat und Wahrheit einem generellen Wandel oder gar einer Transformation des Schweizer Parteiensystems gleichkommen.

Die gängigen Indikatoren der vergleichenden Parteiensystemforschung sind nur bedingt geeignet, den Wandel von Parteiensystemen rechtzeitig zu erfassen. Fragmentierung und Volatilität, Polarisierung und Stärke der verschiedenen Lager sagen wenig darüber aus, was in den Parteien selbst passiert. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren haben in den heute erfolgreichen Parteien Entwicklungen eingesetzt, welche in den verwendeten Masszahlen nicht zum Ausdruck kamen. Die SP hat eine völlig andere Anhängerschaft als noch vor wenigen Jahrzehnten. Sie verfügt über den grössten Anteil an Leuten mit einem hohen Bildungsniveau und ist in vergleichbaren Einkommensschichten verankert wie die FDP (vgl. Hirter 2000: 21). Es sind also nicht mehr vorwiegend Arbeiter und einfachen Angestellten, die

SP wählen. Auch die SVP hat sich gewandelt. Aus der einstigen Bauern-, Bürger- und Gewerbetypenpartei ist eine Volkspartei geworden, die sich nach einem kurzen und erfolglosen Ausflug in die Mitte heute klar als national-konservative Kraft auf der rechten Seite positioniert.

Damit ist auch die Frage des „frozen party system“ (Lipset/Rokkan 1967) entschieden. Auch wenn das Schweizer Parteiensystem mit seinen vier Hauptprotagonisten FDP, CVP, SVP und SP auf den ersten Blick als bester Beleg für den Fortbestand der vier historischen, die Herausbildung der Parteiensysteme dominierenden, Cleavages erscheinen mag, so ist dem nicht so. Verwendet man Cleavages im Sinne von Bartolini/Mair (1990) und setzt voraus, dass neben der Organisation auch eine strukturelle Basis und ein entsprechendes Bewusstsein vorhanden sein müssen, so ist die strukturelle Verankerung der Schweizer Parteien heute nicht mehr dieselbe wie früher. Möglicherweise sind es heute doch eher ideologische und weniger soziologische Kriterien, welche die Parteiensysteme strukturieren.

Literaturverzeichnis:

- Armingeon, Klaus: *Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971-1999*. Neuchâtel: BFS 2003.
- Bartolini, Stefano and Peter Mair: *Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885-1985*. Cambridge University Press 1990.
- Brändle, Michael: Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947-1995. *Swiss Political Science Review* 5(1) 1999, S 11-29.
- Budge, Ian, David Robertson and Derek Hearl (eds.): *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press 1987.
- Fagagnini, Hans Peter: Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene. In: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 1978, S.75-94.
- Farago, Peter: *Wahlen 95*. Swiss electoral studies. Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich 1996.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Thanh-Huyen Ballmer-Cao: *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo 1994.
- Geser, Hans, François Höpflinger, Andreas Ladner, Urs Meuli und Roland Schaller: *Die Schweizer Gemeinden im Kräftefeld des gesellschaftlichen und politisch-*

- administrativen Wandel*. Schlussbericht NF-Projekt Nr. 12-32586-92. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich 1996.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Urs Meuli und Roland Schaller: *Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003*. Zürich: Soziologisches Institut 2003.
- GFS-Forschungsinstitut: *Sorgenbarometer*. Bern: GFS-Forschungsinstitut, 2003.
- Gray, Mark and Miki Caul: Declining Voter Turnout in Advanced Industrial Democracies, 1950 to 1997. The Effects of Declining Group Mobilization, *Comparative Political Studies* 33(9), 2000, S. 1091-1122.
- Gross, D. A. and Lee Siegelman: Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach. In: *Comparative Politics*, 16, 1984, S. 463-79.
- Gruner, Erich: Eigentümlichkeiten der schweizerischen Parteienstruktur. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Juli 1964, S. 203-217.
- Gruner, Erich: *Die Parteien der Schweiz*, 2. Auflage. Bern: Francke 1977.
- Gruner, Erich: Schweiz. In: Wende, Frank. *Lexikon zur Geschichte der Parteien*. Stuttgart: Kröner 1981, S. 599-625.
- Gruner, Erich: Parteien In: Klöti, Ulrich (Hrsg.). *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Band 2. Bern: Haupt, 1984, S. 135-162.
- Hirter, Hans: *Wahlen 1999*. Swiss electoral studies. Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich 2000.
- Huber, John and Ronald Inglehart: Expert interpretations of party space and party locations in 42 societies. In: *Party Politics*, Vol. 1, No. 1, 1995, S. 73-111.
- Hug, Simon: La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire. In: Papadopoulos, Yannis (éd.). *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970-1987*. Lausanne: réalités sociales 1994, S. 85-112.
- Inglehart, Ronald et Dusan Sidjanski: Dimension gauche-droite chez les dirigeants et électeurs suisses. In: *Revue Française de Science Politique* 24, 1974.
- Jacobs, Francis: Switzerland. In: *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Essex: Longman 1989. S. 636-673.
- Katz, Richard S. and Peter Mair: The membership of political parties in European democracies 1960-1990. In: *European Journal of Political Research*, 22, 1992, S. 329-345.
- Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems In: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, 1965. S. 20-41.
- Klingemann, Hans-Dieter: Party Positions and Voter Orientations, In: Klingemann, Hans-Dieter and Dieter Fuchs (eds.) *Citizens and the State. Beliefs in Government Vol. I*. Oxford: Oxford University Press 1995, S. 183-205.
- Klöti, Ulrich und Franz Xaver Risi: Zum Vergleich: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz. In: Pelilnka, Anton und Fritz Plasser (Hrsg.). *Das Österreichische Parteiensystem*. Wien: Böhlau Verlag 1988, S. 717-738.
- Klöti, Ulrich: Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien. In: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti

- (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt 1998, S. 45-72.
- Kriesi, Hanspeter: Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen. In: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*. Bern: Haupt 1986, 333-350.
- Laakso, Markku and Rein Taagepera: Effective number of parties. A Measure with Application to West Europe. In: *Comparative Political Studies*, Vol. 12, 1. April 1979, S 3-27.
- Ladner, Andreas: Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz. Zürich: Seismo, 1991.
- Ladner, Andreas: Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*. Vol. 2, Spring 1996, S. 1-22.
- Ladner, Andreas: Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.) *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: NZZ 1999. S. 213-260.
- Ladner, Andreas: Local Parties in Switzerland: An Active Pillar of the Swiss Political System. In: Saiz, Martin and Hans Geser. *Local Parties in Political and Organizational Perspective*. Westview Press 1999, S. 213-241.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle: Does direct democracy matter for political parties? In: *Party Politics* 5(3) 1999, S. 283-302.
- Ladner, Andreas, Daniel Arn, Ueli Friederich, Reto Steiner und Jürg Wichtermann: *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation*. Bern: Institut für Politikwissenschaft und Institut für Organisation und Personal 2000.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle: *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien?* Zürich: Seismo 2001.
- Ladner, Andreas: Swiss political parties - between persistence and change. In: *West European Politics*, Vol. 24, No. 2, 2001, S. 123-144.
- Ladner, Andreas: *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik 2003.
- Ladner, Andreas: *Stabilität und Wandel. Konfliktlinien, Parteiorganisationen und Parteiensysteme*. Habilitationsschrift an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Opladen: Leske + Budrich 2004.
- Lane, Jan-Erik and Svante O. Ersson: *Politics and Society in Western Europe*. London: Sage 3rd Edition 1994.
- Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan: Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (eds.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press 1967, S. 1-64
- Longchamp, Claude: *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als eine Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut und Bundeskanzlei und EJPB Bern 1994.

- Longchamp, Claude et al.: *Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995*. Bern: GfS-Forschungsinstitut 1995.
- Lutz, Georg: Mobilisierung als Schlüsselfaktor für den Wahlerfolg? In: Sciarini, Pascal, Sibylle Hardmeier, und Adrian Vatter, Hrsg. 2003. *Schweizer Wahlen 1999 – Elections fédérales 1999*. Selects, Band 6. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt 2003.
- Mair, Peter and Ingrid van Biezen: Party membership in twenty European democracies, 1980-2000. In: *Party Politics* 7(1) 2001, S. 5-21.
- Nabholz, Ruth: Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995. In: Kriesi, Hanspeter, Wolf Linder und Ulrich Klöti, *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt 1998, S. 17-43.
- Neidhart, L.: Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien. In: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*. Bern: Haupt 1986, S. 17-43.
- Pedersen, Morgens: The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility. In: *European Journal of Political Research*, 7, 1979, S. 1-26.
- Pieth, Reto: Schweiz. In: Raschke, Joachim (Hg.). *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte - Programme - Praxis. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt 1978, S. 478-495.
- Reif, Karlheinz: Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensystemen. In: Falter, Jürgen et al. (Hrsg.) *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim*, 1984, S. 142-152.
- Rhinow, René: Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz. In: *recht*, Heft 4, 1986, S. 105-119.
- Rickenbacher, Iwan: *Politische Kommunikation*. Bern: Haupt 1995.
- Sani, Giacomo und Giovanni Sartori: Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies. In: Daalder, Hans und Peter Mair (Hrsg.) *Western European Party Systems: Continuity and Change*. London: Sage 1983, S 307-340.
- Sartori, Giovanni.: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Vol. I. Cambridge: Cambridge University Press 1976.
- Schneider, Boris: Entstehung der Parteien. In: *Staatsbürger* 1994/6, S. 3 - 5.
- Sciarini, Pascal et al.: *Die Kader der Schweizer Parteien*. Zürich: Seismo 1994.
- Segesser, Jürg et al. (Hrsg.): *Neues Staatskundlexikon*. Aarau: Verlag Sauerländer und Zürich: sabe AG, Verlagsinstitut für Lehrmittel 1996.
- Seiler, Daniel-Louis: Enjeux et partis politiques en Suisse In: *Pouvoirs*, 43, 1987, S. 115-138.
- Sigelman, Lee and Syng Nam Yough: Left-Right Polarization in National Party Systems. In: *Comparative Political Studies*. 11 1978, S. 355-379.
- Smith, Gordon: A System Perspective of Party System Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 1/3, 1989. S. 349-363.
- Suter, Christian (Hrsg.): *Sozialbericht 2000*. Zürich: Seismo 2000.

Tschäni, Hans: *Das neue Profil der Schweiz. Konstanz und Wandel in einer alten Demokratie.* Zürich: Werd Verlag 1990.

Vatter, Adrian: *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen.* Opladen: Leske + Budrich 2002.

Ware, Alan: *Political Parties and Party Systems.* New York: Oxford University Press 1996.